

(Stand: 29.08.2012, 11.00 Uhr)

Schleswig-Holstein verhandeln

Rede auf dem Hauptausschuss des Bauernverbands

Schleswig-Holstein e.V.

Osterrönhof,

29. August 2012

Robert Habeck

Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
des Landes Schleswig-Holstein

Sperrfrist: Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin kein Bauer! Ich maße mir nicht an, das, was Sie täglich tun, das, was Sie täglich bewegt, was Sie umtreibt und antreibt, besser zu wissen als Sie. Aber ich will es herausfinden. Und ich will kein Minister sein, der nur aufgrund von Vorlagen und Papier entscheidet, sondern auf Grund der Wirklichkeit. Ich will ein Draußenminister sein. Der Amtsschimmel gehört zu den Tieren, die ich nicht leiden kann.

Und eine Vorhersage traue ich mir auch schon zu: Es wird Konflikte zwischen uns geben, denn es gibt unterschiedliche Interessen. Sie haben viele Begründungen aus der betrieblichen Sicht, ich habe Gründe aus einer gesellschaftlichen Perspektive. Wie wir das zusammen bekommen, ob wir das zusammen bekommen, das ist die spannende Frage dieser Amtszeit. Aber wir sollten uns eine Chance geben. Und um uns die Chance zu geben, auch für bare Münze zu nehmen, was wir uns sagen, müssen wir miteinander reden. Ich jedenfalls sage Ihnen offene und ehrliche Worte zu! Und meine ersten Gespräche mit Ihnen, mit Ihrem Verband und bei Besuchen und Begegnungen im Land, haben mir gezeigt, wie gut das geht. Ich gebe zu: Das hat mich ein wenig überrascht und Sie vielleicht noch mehr, als mich!?

Ich kann mir gut vorstellen, was Sie denken – oder vielleicht dachten, als Sie hörten: Es gibt einen grünen Landwirtschaftsminister.

Und seien Sie gewiss, ich habe auch solche und solche Erfahrungen auf Podiumsdiskussionen mit dem Bauernverband gemacht und ich kenne auch unterschiedliche Stimmen, Vorurteile und Legenden.

Aber um es ein für allemal klar zu stellen: ich habe hohen Respekt vor Ihrer Arbeit! Ich weiß, dass Bauern, Fischer, Jäger, Angler, Förster, Imker immer auch Natur und Naturschutz mitdenken, und dass sie stolz auf das sind, was sie in der Natur und mit der Natur machen und für die Natur.

Und Sie sollten wissen, dass auch der grünste grüne Landwirtschaftsminister weiß, dass es eine seiner zentralsten Aufgaben ist, die Lebensmittelproduktion zu sichern. Mit Ihnen! Ich weiß, dass ich genau wie Sie dem Agrarland Schleswig-Holstein verpflichtet bin.

Darüber müssen wir aus meiner Sicht nicht mehr streiten.

Die Probleme, besser vielleicht Herausforderungen, sind konkreter. Sie betreffen reale Entscheidungen. Sie lauten:

Wie sichern wir die Erträge und Einkommen der Landwirtschaft im Spannungsfeld schwankender Weltmärkte und unter Berücksichtigung eines Ausgleichs verschiedener Agrar-Zweige? Was für den Ackerbauern gut ist, kann für den Schweinezüchter ein Problem sein. Was dem Bio-Gas-Anlagen-Betreiber nutzt, stellt den Milchviehhalter vor Probleme. Was auf dem Mittellücken ein Problem ist, ist in Ostholstein oder Nordfriesland ganz anders.

Dann: Wie gehen wir mit den erhöhten Nutzungsansprüchen im Ländlichen Raum um – der Bauernverband nannte es „Landfraß“ - und wie sorgen wir für bezahlbare Pachtpreise?

Wie sichern wir, dass Natur und Umwelt und Wasser und Grundwasser intakt und sauber bleiben in Schleswig-Holstein, gerade angesichts der intensivierten Nutzung von Grund und Boden?

Wie sichern wir eine Wertschätzung und gesellschaftlichen Respekt für die Landwirtschaft und ihre Produkte?

Darüber hinaus: Wie gehen wir die großen Welt-Probleme an? Mit welcher inneren Haltung? Agrarökonomen – nicht grüne Fundis – haben berechnet, dass wir 2050 doppelt so viel Nahrungsmittel weltweit produzieren müssen wie heute, wenn der Nahrungsbedarf sich so weiter entwickelt, wenn China, Indien und andere Staaten so viel Fleisch konsumieren wie wir.

Können wir das? Wollen wir das? Können wir das wollen? Immer mehr nach dem Prinzip „wachse oder weiche“? Und mit allem möglichen technischen Fortschritt? Kommt nach der 10.000 Liter-Kuh die 14.000 Liter-Kuh? Können wir dann diese Kühe wirklich noch „ihrer Art und ihren Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen“, - so wie es das Tierschutzgesetz (§2, Absatz 1) will? Wird der Markt das regeln, weil die Kühe irgendwann kollabieren oder müssen wir Regeln finden, die von außen kommen? Die jetzige Nahrungsmittelproduktion würde schon heute für die weltweite Ernährung ausreichen, wenn sie denn den Hungernden zur Verfügung stünde.

Das sind grundlegende Fragen und wir werden sie gemeinsam beantworten müssen.

Meine Damen und Herren,

die Abkürzung für mein Ministerium heißt MELUR – Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume. Bei den ländlichen Räumen haben wir einen Trick angewandt und das „R“ von Räumen genommen, sonst hieße es MELUE, was keiner aussprechen kann, oder man hätte es neu zusammengesetzt, dann hieße es MUELL – was ich nicht wollte.

Sie sehen daraus: die Reihenfolge der politischen Felder im Namen ist keine Hitliste und hat nichts mit der Wertigkeit von Themen zu tun. Im Gegenteil: Das Zusammenspiel der vier Politikfelder ist entscheidend.

Diese vier fügen sich zu einem Kleeblatt und unsere Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass es ein Glücksklee wird, in dem die widerstreitenden Interessen klug zur Übereinstimmung gebracht werden. Denn der Strukturwandel, in dem unser Land sich befindet, ist ein Identitätswandel.

Ich bin mit den Sprüchen von RSH und „dem schönsten Bundesland der Welt“ großgeworden, mit den Autobahnschildern vom „Land der Horizonte“, - mit dem augenzwinkernden Wissen: Mehr als Schleswig-Holsteiner kann der Mensch nicht werden.

Jetzt verändert sich das Land. Und mit dem Land verändert sich auch unser Bild von Schleswig-Holstein, vielleicht auch unser Gefühl von Schleswig-Holstein, verändert sich die Landesidentität. Windräder, Stromtrassen, Maisfelder statt Raiffeisen-Silos, Raps und Rinder.

Was macht das mit uns? Was macht das mit unserer Heimat? Jeder von uns weiß, wie schwer man sich mit Veränderungen tut. Oft glaubt man, dass früher alles besser war.

Sie sind es, die mit Ihren Betrieben unserem Land sein Gesicht geben. Deshalb liegt es in Ihrem Interesse, dass der strukturelle Wandel der Landwirtschaft – vermehrter Maisanbau, größere Mastställe, größere Höfe, intensivisierte Landwirtschaft – nicht gegen die gesellschaftliche Erwartung kommuniziert wird, sondern mit ihr.

Ich weiß, dass manche von Ihnen sich oft und zu Unrecht an den Pranger gestellt fühlen. Aber dann laden Sie doch ein zu einer Debatte darüber, wie wir gesellschaftliche Interessen und betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten unter einen Hut kriegen. In mir finden Sie allemal einen Partner für solche Debatten. Und deshalb meine Fragen an Sie: Was ist Ihr Leitbild der Landwirtschaft?

Ich will keine Landwirtschaft wie früher in der DDR oder heute in den USA, ja noch nicht einmal wie in Dänemark. Was wollen Sie?

Was sind Ihre Vorschläge, um den Nitrateintrag zu verringern? Wollen wir uns nicht – aufgrund einer gemeinsamen Problembeschreibung und Zielvorstellung in einen Wettbewerb der guten Ideen begeben? Ich lade Sie dazu ein!

Wie sollen aus Ihrer Sicht Programme aussehen, um Vögel, die auf Ihren Wiesen brüten, noch besser zu schützen? Welche Rahmenbedingungen brauchen wir, damit neue Stallungen und die Arbeit, die dort erledigt werden muss, nicht zur Industrieproduktion von Lebensmitteln werden?

Herr Sonnenleitner hat bei seinem Ausscheiden aus dem Amt gesagt: Nie ging es der Landwirtschaft so gut wie heute. Das überraschte mich, denn ich weiß, dass immer noch viele bäuerliche Familien um ihr Überleben im Strukturwandel kämpfen.

Aber ich kann die Aussage auch nachvollziehen, vor allem mit Blick auf die aktuelle Lage. Die Ernte war gut, und auch die allgemeinen Rahmenbedingungen für Sie als Landwirte sind relativ günstig.

Die Wintergerste, deren Ernte genauso wie beim Raps schon abgeschlossen ist, erzielte einen bislang noch nicht erreichten Durchschnittsertrag, 19 Prozent mehr als im langjährigen Durchschnitt.

Winterweizen wird zwar keine Spitzenernte erbringen, liegt aber immer noch 3 Prozent über dem langjährigen Durchschnitt. Beim Winterraps wurde die bislang vierthöchste Ernte erzielt.

Auch die allgemeinen Rahmenbedingungen für Sie als Landwirte sind relativ günstig. Die Brotweizenpreise bewegen sich knapp unter der Spitzenmarke von 25 €/dt. Die Rapspreise bewegen sich um die 50 €/dt und stellen damit den bislang höchsten Erlös dar. Auch die Erzeugerpreise für Wintergerste liegen im Vergleich zu den Vorjahren auf hohem Niveau.

Etwas differenzierter sieht es im Bereich der tierischen Produkte aus: Die Preise gerade für Milch lagen bislang deutlich unter dem Niveau der Vorjahre und werden zudem durch erhöhte Futterkosten angefressen. Insgesamt ist es bei der Milch schon wieder zu wenig, auch wenn die nächsten Monate besser zu werden versprechen.

Die Kurse für Schlachtrinder liegen gegenüber den Vorjahren auf einem hohen Niveau – nur die Preisentwicklung am Schlachtschweinemarkt hat die Erzeuger bislang enttäuscht. Obwohl zur Zeit ein Anstieg der Erlöse zu verzeichnen ist, haben sich die Kurse im bisherigen Jahresverlauf kaum nach oben entwickelt. Auch die bislang erzielten Ferkelpreise sind ungenügend, wenngleich sich auch dort eine leichte Entspannung abzuzeichnen scheint. Insgesamt wird aber die tierische Produktion durch steigende Preise für Futtermittel und sonstige Betriebsmittel belastet werden.

Die Investitionsbereitschaft in der Landwirtschaft ist erfreulich hoch, angefeuert sicherlich auch durch das niedrige Zinsniveau und die grundsätzlich guten Aussichten auf den Rohstoffmärkten. Das kommt dem ländlichen Raum insgesamt sehr zugute!

Insgesamt aber, so fällt meine Bilanz nach den ersten Amtswochen aus, ist die schleswig-holsteinische Landwirtschaft für die Zukunft gut gerüstet und sollte sich – wie einleitend gesagt – selbstbewusst mit den gesellschaftlichen Herausforderungen auseinandersetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die guten Erlös-Preise werden erzielt durch die Tüchtigkeit der Betriebsleiter, die guten Böden hier im Land – aber sie werden auch angetrieben durch den Weltmarkt. Das kann nützen, wie derzeit. Es ist aber auch ein trügerischer Erfolg. Er kann jederzeit durch Spekulationen oder andere klimatische Bedingungen andersorts umschlagen.

So sehr und so klar wir also Teil der globalisierten Wirtschaft sind, so klug handeln wir doch, wenn wir beginnen, quasi eine zweite Deichlinie zu ziehen, indem wir unsere Produkte auch regional vermarkten.

Der Bauernverband hat die Lebensmittelkampagnen, die auf Regionalität zielen, begrüßt (Stichwort: „Unser Norden“). Dass so etwas funktioniert, hat viel mit dem Heimat- und Identitätsgefühl zu tun, von dem ich sprach. Machen Sie sich das zunutze! Wir werden Sie darin durch Marketing-Konzepte unterstützen.

Und weisen Sie mich auf Vorschriften und Bestimmungen hin, die der Weltmarkt in die Verordnungen gedrückt hat. Einige Beispiele haben mir Landwirte bereits in Diskussionsveranstaltungen genannt. Zwei möchte ich herausgreifen um zu zeigen, dass ich mit Ihnen auch über Details intensiv reden möchte:

Wollen wir uns dafür einsetzen, dass der Anteil des Eiweißgehaltes im Backmehl geringer wird? Neue leistungsfähige Weizensorten können aufgrund ihrer verbesserten Kleberqualität auch mit einem niedrigeren Rohproteingehalt hohe Backqualitäten erreichen. Daher lassen sich auch mit B-Sorten inzwischen Backvolumina erzielen, die im Bereich bisheriger A- und E-Weizen liegen.

Der Verzicht auf eine zusätzliche Stickstoffspätdüngung ausschließlich zur Absicherung hoher Proteingehalte würde das Risiko einer Grundwassergefährdung durch Nitrat minimieren. Dazu muss es aber auf Handelsseite zu einem Umdenken kommen, da hohe Proteingehalte dann nicht mehr als wichtigstes Qualitäts- und Preiskriterium herangezogen werden dürften. Aus meiner Sicht spricht viel für ein Umdenken und ich werde dieses Thema auf die Agrarministerkonferenz bringen, genau so wie das nächste:

Können wir dafür Sorge tragen, dass ein höherer Feuchtigkeitsanteil im Mehl akzeptiert werden kann?

In der Verordnung (EG) 824/2000 ist der Feuchtigkeitsgehalt von Getreide bei der Ablieferung an den Handel mit einem Höchstwert von 14,5 % für Weizen angegeben. Je höher der Feuchtigkeitsgehalt, desto eher ist die Verderblichkeit der Ware gegeben, aber wir müssen auch die benötigte Energie für den Trocknungsvorgang einbeziehen. Auch wenn grundsätzlich Vertragsfreiheit herrscht, bin ich der Meinung, dass ein Feuchtigkeitsgehalt von z.B. 16%, bei dem der Weizen einige Monate lagerfähig ist, vollkommen ausreichend ist.

Meine Damen und Herren,
ich komme jetzt zu einem übergeordneten Thema mit – wie wir alle wissen – großer Brisanz. Als ich Ihre Kampagne „Stopp Landfraß“ das erste Mal sah, habe ich mich gefreut. Ich dachte, Sie mobilisieren gegen Autobahnbau, Hinterland-Anbindung, neue Gewerbegebiete oder Golfplätze.

Als ich dann verstand, dass Sie auf den Naturschutz zielen und die Kompensationsregeln für Infrastrukturprojekte, da habe ich die Kampagne nicht verteufelt. Ich habe mich informiert und recherchiert, noch als Fraktionsvorsitzender ein Gutachten in Auftrag gegeben und die Zahlen zusammentragen lassen.

In der Tat ist die Landwirtschaft die große und einzige Flächenverliererin, wenn man sich den Strukturwandel der letzten 50 Jahre anschaut. Seit 1960 wird auf etwa 100.000 ha oder 8% weniger Fläche Landwirtschaft betrieben. 60.000 ha davon, 2/3 sind Siedlungsflächen. 14 % oder 10.000 ha sind an Verkehrsflächen hinzugekommen. Und – für mich überraschend – im Jahr 2010 gab es ein Viertel oder 30.000 ha mehr Wald als vor 50 Jahren.

Gegenüber anderen Bundesländern liegt Schleswig-Holstein an der Spitze der Zunahme versiegelter Flächen seit 2000. Und ich kann an dieser Front keine Entwarnung geben. Der Ausbau der A7, der Bau der A 20, die Hinterlandanbindung der Belt-Querung, Ausbau der A 21, Bau der B5, 600 km 380 kv-Leitungen, 0,75% mehr Windeignungsgebiete (bei Letzteren werden natürlich nur die Mast- bzw. Anlagenstandorte versiegelt) – wir muten unserem kleinen Land viel zu.

Insofern haben Sie mit Ihrer Kampagne Recht, ziehen aber den falschen Schluss und zielen auf den falschen Gegner. Mit Ihrer Forderung, keinen Ausgleich für die Inanspruchnahme des Landes zu schaffen, tun sie so, als sei der Naturschutz Grund für die Flächennutzung.

In Wahrheit repariert und bewahrt der Naturschutz das Lebens-, Heimat- und Identitätsgefühl Schleswig-Holsteins. Er steht vor den gleichen Problemen wie Sie. Er sollte Ihr Verbündeter sein, nicht Ihr Gegner. Und wenn wir gemeinsam kluge Lösungen finden, dann schmieden wir eine kräftige Allianz.

Die Zahlen belegen, wo das eigentliche Problem sitzt: Die Summe aller Flächen, die dem Naturschutz in unterschiedlichen Kategorien zugeordnet ist, beträgt 160.000 ha oder gut 10% der Landesfläche. Die Hälfte davon jedoch wird landwirtschaftlich genutzt – auch weil man erkannt hat, dass eine extensive Landwirtschaft oft besser für den Naturschutz ist als gar keine.

Der Umfang von Flächen, die in Schleswig-Holstein zur Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft in Anspruch genommen wurden, betrug 2010 insgesamt 25.000, 1,6% der Fläche.

Knapp 16.000 ha davon werden weiterhin landwirtschaftlich genutzt. Etwa 4.500 ha liegen in Schutzgebieten und wurden schon früher nicht landwirtschaftlich genutzt. Ihre Kampagne richtet sich also gegen etwa 5000-7000 ha Fläche oder 0,4% der Landesfläche.

Dennoch will ich sagen – und ich möchte anknüpfen an ein gutes Gespräch mit dem Bauernverband Ostholstein, in dem dieser sich seinerseits Gedanken gemacht hat, wie man klug mit der Situation umgehen kann: Mir geht es nicht um das Eigentum von Flächen im Landesbesitz und mir geht es nicht um möglichst viele Flächen.

Eine ökologische Aufwertung der Flächen kann oft sehr sinnvoll sein, das schließt auch kostspielige Maßnahmen der ökologischen Qualitätssteigerung mit ein. Und diese können gern auf Pachtflächen erfolgen – nur müssen diese Kompensationsflächen dauerhaft abgesichert sein.

Und es muss Ihnen klar sein, dass zum Beispiel wenn eine Fläche wiedervernässt worden ist, diese dann nach zehn oder 15 Jahren artenreicher und schützenswerter sein kann als heute. Den Rahmen stecken europäische Richtlinien und das BNatSchG. ab.

Ich bin auch bereit, Maßnahmen innerhalb der Produktion, also produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen (PIK) als Ersatzmaßnahmen zu akzeptieren, z.B. Blühstreifen oder Brachstreifen auf Äckern, Dünge- und Herbizidverzicht, Extensivierungen, Gewässerrandstreifen, Lerchenfenster.

Bedingung für PIK-Maßnahmen ist allerdings, dass die Maßnahmen über die der guten fachlichen Praxis oder dem, was nach cross compliance sowieso gefordert wird, hinausgehen.

Wie die verschiedenen Ansätze zu einem runden Programm werden, das werden wir ab jetzt diskutieren.

Meine Damen und Herren,
selbstverständlich erhöht auch der Aufkauf von Flächen für den Naturschutz die Konkurrenz um das Land. Das ist ohne Frage. Und ja, so wie Sie nicht in Frage stellen sollten, dass der Naturschutz einen Wert hat und die Regelungen des Bundesnaturschutzgesetzes für Ausgleichs- und Flächenkompensationen okay sind, so sehr gilt umgekehrt die gesetzliche Verpflichtung aus dem § 15, „bei der Inanspruchnahme für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf die agrarstrukturellen Belange Rücksicht zu nehmen und die besonders geeigneten Böden nur im notwendigen Umfang in Anspruch zu nehmen“.

Aber Hauptursache für die hohen Pacht- und Kaufpreise des Landes ist nicht der Naturschutz. Hauptursache ist die Nachfrage, ist die energetische Nutzung, namentlich von Windanlagen und Maisanbau für Biogasanlagen.

Selbst auf den Geestböden werden bereits bis zu 800 €/ha gezahlt, die Kaufpreise sind von ehemals unter 15.000 €/ha auf teilweise weit über 20.000 € gestiegen. Für die Pacht von Windenergieanlagen wird auch schon mal 1200 €/ha gezahlt. Das muss man erstmal haben!

Besonders ärgerlich ist, dass Flächen inzwischen Spekulationsobjekte geworden sind, dass sie also aufgekauft werden, um später zu einem noch höheren Preis weiter verkauft zu werden.

Meine Damen und Herren,

da wird es schwer für einen Bauern mitzuhalten, der den Prinzipien seines Familienbetriebs treu bleiben will.

Wir brauchen die richtigen Antworten auf wichtige Fragen:

Wie können wir eine Landwirtschaft halten, verteidigen und aufbauen, die über mehrere Generationen denkt, die den Boden so bewirtschaftet, dass er auch morgen noch beackert werden kann, die Qualität produziert statt nur Masse?

Eines sage ich schon hier: beim Zurückdrängen der Spekulation haben Sie mich voll an Ihrer Seite.

Die Zahl der Biogasanlagen im Land ist auf rund 600 und der Maisanbau von 82.000 ha in 2001 auf über 190.000 ha in 2011 angestiegen. In 2012 gibt es einen Rückgang um 12.000 ha – von dem allerdings noch nicht klar ist, ob er saisonal und witterungsbedingt ist oder eine Trendumkehr.

Es ist mir klar, dass der Maisanbau regional sehr unterschiedlich verteilt ist und sich vor allem auf die für den Grundwasserschutz problematischen Geestbereiche in den nördlichen Landesteilen konzentriert. In vielen Gemeinden sind bis zu 50 % Maisanteil an der gesamten Gemeindefläche erreicht, in einzelnen Gemeinden wird die Ackerfläche nahezu komplett mit Mais bestellt.

Viele von Ihnen haben von den Förderungen des EEG profitiert. Und ich will in aller Deutlichkeit sagen: Wenn es jetzt Kritik am EEG gibt, am Nawaro-Bonus und seiner Privilegierung von Mais, dann ist das keine Kritik an Ihnen. Es ist eine Kritik an der Politik, an allen Parteien, die die Debatte über die ökologischen Fehlanreize zu spät oder zu leise geführt haben. Ich muss mir den Schuh auch anziehen.

Aber weil das so ist, habe ich jetzt auch einen Handlungsauftrag. Wir haben in Schleswig-Holstein ein Nitrat-Problem. Da nützt es auch nichts darauf hinzuweisen, dass die Brunnen auf der Geest gut geschützt sind und der Hauptgrundwasserkörper nicht zur Trinkwasserversorgung dient. Ich will offen sagen, wie ich solche Verweise finde: zynisch! Unsere Gewässer und das Grundwasser sind in keinem guten Zustand. Und wir müssen feststellen, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Nutzung gibt.

Von 1997 bis 2011 ist die landwirtschaftliche Nutzfläche um 4,6% zurückgegangen, der Anteil des Grünlandes um 29%! Fast ein Drittel des Grünlandes ist unter den Pflug gekommen. Und dass, obwohl alle Kompensationsmaßnahmen ja Grünlandmaßnahmen waren. Seit 2008 ist der mengenmäßige Verlust von Grünland zwar gestoppt, aber wir verlieren immer noch für den Artenschutz wertvolle, alte Grünlandflächen, weil der Wiesenvogelschutzverordnung, der die Vorgaben der Dauergrünlanderhaltungsverordnung in einer bestimmten Kulisse verschärft, eben nicht ausschließt, dass Dauergrünland drainiert oder gepflügt und neu eingesät wird.

Auch hat die erhöhte Nachfrage nach Silomais für die Biogaserzeugung dazu geführt,

dass Direktzahlungsempfänger in einem gewissen Umfang durch legale Transaktionen DGL-Flächen an andere Unternehmen abgegeben haben, die für diese Flächen keine Direktzahlungen beantragen und somit auch nicht die Regelungen des DGL-Erhaltungsgebotes einhalten müssen.

Um dem Sinn des Wiesenvogelschutz-Erlasses Rechnung zu tragen, werde ich Narbenpflege mit dem Pflug in der Wiesenvogel-Schutzkulisse untersagen. Ich gehe nicht auf den ursprünglich von Juliane Rumpf vorgesehen Erlass zurück, wie ich es ursprünglich vorhatte. Eben weil ich noch keine validen Daten habe, die belegen, dass der bestehende nicht wirkt und ich mich eben an Argumenten orientieren will. Aber eine Auslegung des bestehenden Erlasses gegen seine Intention geht eben auch nicht.

Diese Maßnahme soll durch ein Bündel freiwilliger Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes ergänzt werden. So werde ich bei der Neuprogrammierung des ELER-Programms nach 2013 den Vertragsnaturschutz in der Wiesenvogelkulisse noch weiter stärken und auch durch erfolgsorientierte Naturschutzangebote wie zum Beispiel den Feuerwehrtopf ergänzen.

Meine Damen und Herren,
dass die Produktion von Lebensmitteln und Energie die Lebensgrundlage Wasser zerstört, können wir alle nicht wollen und nicht akzeptieren.

Der Schutz dieser Ressource liegt mir besonders am Herzen. Nicht nur, weil wir europäische Vorschriften zu erfüllen haben, sondern weil der Trinkwasserschutz eine Generationenverpflichtung ist.

Wir Schleswig-Holsteiner sind in der komfortablen Lage, genügend Grundwasser zu haben, um uns jetzt und in Zukunft ausreichend und selbstständig mit Trinkwasser versorgen zu können.

Da das Grundwasser von heute das Trinkwasser von morgen sein wird, müssen wir aber dafür Sorge tragen, dass keine schädlichen Stoffe eingetragen werden.

Wir kennen seit Jahrzehnten das Problem der Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft. Das Nitrat macht uns im Grundwasser und in den Binnengewässern und Meeren zu schaffen. Das Phosphat belastet zusätzlich die Seen.

Flache Hausbrunnen mussten aus der Nutzung genommen werden, weil der Nitratgehalt den zulässigen Grenzwert (von 50 Milligramm pro Liter) überschritten hat. Wir haben viel Geld in den Ausbau der zentralen Wasserversorgung gesteckt, um die Versorgung zu sichern, und müssen mancherorts wegen der Nitratbelastung bereits auf tiefer liegende Wasservorkommen zurückgreifen.

Seit Inkrafttreten der Wasserrahmenrichtlinie gibt es neue Vorgaben zum Gewässerschutz. Bis zum Jahr 2015 müssen wir den guten chemischen Zustand des Grundwassers herstellen. Um die Ziele zu erreichen, haben wir auf knapp 50 Prozent der Landesfläche eine Beratung der Landwirte zur Reduzierung der Nährstoffeinträge etabliert und bieten auf den Grundwasserschutz ausgerichtete Agrarumweltmaßnahmen wie Untersaaten und Zwischenfrüchte an. Damit haben wir - dem Wunsch des Berufsverbandes folgend – auf Freiwilligkeit gesetzt und waren auf einem guten Weg.

Durch die starke Zunahme des Maisanbaus, insbesondere auf den grundwassersensiblen Geeststandorten, werden diese Bemühungen jedoch zunichte gemacht.

Wir wissen heute, dass der Mais nach Weizen und Raps im Herbst die höchsten Stickstoffgehalte im Boden hinterlässt. Da der Mais spät geräumt und überwiegend in Monokultur angebaut wird, bleiben die Felder über Winter häufig unbestellt, so dass das Nitrat in das Grundwasser ausgewaschen werden kann.

Mir geht es hier um die landwirtschaftliche Praxis! Um den Umgang mit organischen Düngern! Um Gülle und Gärreste! Und ich denke, alle täten gut daran, dieses Problem nicht länger auszublenden.

Es gibt ein Programm des Landes, durch den Anbau von Zwischenfrüchten und Untersaaten, besonders im Maisanbau, eine Winterbegrünung auf Ackerflächen in den sensiblen Grundwasserbereichen zu fördern. Wir werden es für die neue Förderperiode verlängern! Wir bemühen uns, Gewässerrandstreifen zu erwerben oder zu pachten, damit nicht bis an die Gewässer heran gedüngt wird – aber wir kommen nicht an die Flächen heran, aus den oben genannten Gründen.

Der Mais wird spät geerntet und dann im Herbst nochmals gedüngt und der Dünger gleich ausgewaschen. Aber ich habe gerade Montag eine Biogasanlage- Herr Schwarz kennt sie gut- ausgezeichnet, weil sie es schafft, Mais in die Fruchtfolge zu integrieren und über Mais-Winterweizen-Raps die Böden zu bestellen. Es gibt frühen Mais und es geht also, statt Monokultur auf Fruchtfolge zu setzen.

Die Güllepötte reichen oft nicht aus, die Produktion von Gülle ist hoch. Die Maisfelder haben nach der Ernte in keinem Fall einen Stickstoffbedarf. Wer Gülle oder Gärreste auf Maisstoppel fährt, handelt nicht nur rechtswidrig, sondern auch unverantwortlich, weil das Trinkwasser für zukünftige Generationen aufs Spiel gesetzt wird. Die Ausbringung von Gülle und Gärresten im Herbst ohne Düngebedarf wird mit Kürzungen der Direktzahlungen geahndet und ist kein Kavaliersdelikt!

Damit alle Landwirte hierüber informiert sind, werden wir das geltende Recht noch einmal in Erinnerung bringen, indem wir eine Klarstellung per Erlass herausgeben werden. Mein Staatssekretär Dr. Kämpfer hat dem Bauernverband zugesagt, dass es darüber noch ein Gespräch geben wird, er wird dazu in Kürze einladen.

Ich werde das tun, was die vorherige Landesregierung nicht wollte. Ich werde ein Programm zur Förderung von größeren Güllebehältern auflegen. Dies wird zeitlich begrenzt sein und die Kapazität muss über die Düngeverordnung hinausgehen – also für 1 Jahr reichen. Mit der Förderung verbindet sich allerdings auch die Ansage und Erwartung, dass parallel dazu die zeitliche Ausbringung der Gülle eingeschränkt wird.

Außerdem will ich ein Güllekataster installieren, so dass die Ostholsteiner Landwirte nicht Hühnermist aus Holland einzukaufen müssen, während auf der Geest die Pötte überlaufen.

Hinzu werden wir unsere Angebote der landwirtschaftlichen Beratung im Gebiet der gefährdeten Grundwasserkörper und der Agrarumweltmaßnahmen natürlich aufrechterhalten.

Weitere Ansatzpunkte zur Verbesserung der Lage sehe ich in folgenden Punkten:

- In der konsequenten Anpassung der Düngung an den Pflanzenbedarf.
- In der stärkeren Berücksichtigung der organischen Nährstoffträger in der Düngeplanung.
- Und in der größtmöglichen Vermeidung des Grünlandumbruchs.

Ansatzpunkte für einen unmittelbaren Schutz der Gewässer sehe ich

- in der Überarbeitung der landwirtschaftlichen Regelungen in den Wasserschutzgebieten und
- der Ausschöpfung der Regelungsmöglichkeiten des Wasserhaushaltsgesetzes, um über Gewässerrandstreifen eine Reduzierung der Nährstoffeinträge in Oberflächengewässer und eine Erfüllung der Anforderungen aus der Wasserrahmenrichtlinie sicherstellen zu können.

Meine Damen und Herren,

das ist ein erster Katalog von Handlungsmöglichkeiten. Über deren Ausgestaltung will ich gern mit Ihnen sprechen. Ich suche das Gespräch und wenn es Maßnahmen gibt, mit denen das Ziel besser, wirksamer, effizienter erreicht werden kann, bin ich froh und dankbar und biete meine Mithilfe an. Aber ich will auch ganz klar sagen: Nichtstun ist keine Option. Und freiwillige Vereinbarungen, die auf ein Nichtstun hinauslaufen, gibt's mit mir nicht.

Und deshalb freue ich mich auf einen Wettbewerb der guten Ideen und eine Einigung auf ein wirksames Maßnahmenpaket bis Weihnachten!

Meine Damen und Herren,
wir müssen überprüfen, ob die Regeln, die in den letzten Jahrzehnten, gar Jahrhunderten, galten, heute noch so richtig sind. Dazu gehört auch das privilegierte Bauen im Außenbereich. Es wurde jüngst von Frau Aigner per Kabinettsbeschluss in Frage gestellt, zunächst nur für Betriebe, die weniger als 50% Futterfläche haben, also gewerbliche Tierhaltungsanlagen, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVP-Gesetz durchgeführt werden muss. Ich finde das richtig.

Würde dies Gesetz werden, heißt das nicht, dass es keine Schweineställe mehr gibt. Es heißt nur, dass der Gemeinderat darüber zu entscheiden hat, wo diese entstehen können und wo nicht. Ich finde das zeitgemäß.

Frau Aigner will damit den Druck auf die Fläche drosseln. „Der Verbrauch von land- und forstwirtschaftlichen Flächen durch neue Bauvorhaben muss künftig deutlich reduziert werden“, sagt die Landwirtschaftsministerin von der Union. Sie argumentiert von ihrer Basis aus, ich tue das auch.

Aber auch die Gemeinden werden verpflichtet, alle Möglichkeiten der Innenentwicklung auszuschöpfen, bevor wertvolle Landwirtschafts- oder Forstflächen neu in Anspruch genommen werden. Flächen, die für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignet sind, sollen bei der Aufstellung von Bebauungsplänen geschont werden.

Wir unterstützen die Bundesregierung darin, dass die Innenentwicklung von Städten und Gemeinden verbessert werden kann. Wir finden es richtig, dass die Vorschriften für landwirtschaftliche Betriebe, die Tierhaltung betreiben, nicht verschärft werden sollen. Aber wir wollen, dass gewerbliche Tierhaltung stärker der baurechtlichen Hoheit der Gemeinden unterliegen und an das immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren angepasst wird. Dafür werden wir uns im Bundesrat einsetzen.

Neben einer Änderung des Baugesetzbuches, die helfen kann, den Druck von der Fläche zu nehmen, ist aus meiner Sicht das Greening der EU-Programme eine echte Chance für die komplizierte Situation in Schleswig-Holstein.

Ich weiß, dass Sie als Verband das Greening ablehnen. Oder abgelehnt haben. Aber wenn wir ehrlich miteinander sind, werden die Vorschläge, die diskutiert werden, die Betriebe - vor dem Hintergrund der guten ökonomischen Situation - kaum vor existentielle Probleme stellen.

Die Vorschläge der EU sind jetzt fast 1 Jahr alt- wir steigen jetzt in die Detailgespräche und Detailverhandlungen ein. In den ersten Neuausrichtungen der Verhandlungsstrategie der Landesregierung haben wir uns entschieden, ausgewählte und besonders wirksame Agrarumweltmaßnahmen des Vertragsnaturschutzes als Greening-Maßnahmen anzuerkennen.

Das hat die Vorgängerregierung abgelehnt, weil es faktisch eine Doppelförderung bedeutet. Ich werde diese Position nicht vertreten. Damit lassen sich Maßnahmen, die Sie in anderen Programmen erbringen, auf das Greening anrechnen.

Damit es ist möglich, produktionsintegrierte Programme stärker zu berücksichtigen als vorher. Damit können Sie eindeutig besser leben. Welche Maßnahmen genau unter dieses „green by definition“ fallen, das wird sich in der weiteren Diskussion herausstellen. Ich möchte ein echtes Greening, kein Greenwashing. Aber die Tür für einen konstruktiven Dialog ist hier aufgestoßen.

Ich habe meine Auffassung dazu in einem Positionspapier beschrieben, dass ich gern für die weitere Debatte zur Verfügung stelle.

Die EU hat die Direktzahlungen der ersten Säule an das Vorhandensein von 7% „ökologischer Vorrangflächen“ geknüpft, also etwa Knicks, Kleingewässer, Gräben, allerdings ohne abschließend zu klären, welche Nutzformen auf „ökologischen Vorrangflächen“ möglich sind. Dies bevorteilt die Landwirte, die in reich strukturierten Gebieten arbeiten.

Obwohl es aus meiner Partei Forderungen nach mehr gibt, halte ich die 7% für eine gute Richtzahl. Ist diese Zahl zu realisieren? Für die Gesamtlandwirtschaft ohne Frage ja. Mehr als 90% aller Betriebe in SH haben Landschaftselemente gemeldet. Deren Summe umfasst 36.380 ha, 5,4% der Ackerfläche, also ohne Grünland. Macht eine Differenz von 1,6% Punkten – die müssen wir, das in Erinnerung, was ich oben gesagt habe, eh schaffen.

Aus einzelbetrieblicher Perspektive wird es schwieriger. Von den 10.800 Ackerbaubetrieben im Land erfüllen 35% schon heute die 7% Quote. Diese allerdings bewirtschaften nur 15% der Ackerfläche.

Daraus ergibt sich, dass der EU-Vorschlag erstens kleine Betriebe bevorzugt, zweitens größere Betriebe weniger ökologische Vorrangflächen vorrätig halten.

Beides spricht aus meiner Sicht für die Qualität dieses Kriteriums, das ja die Mittelvergabe öffentlicher Gelder regulieren soll. Wenn öffentliches Geld ausgeschüttet wird – und die Schleswig-Holsteinische Landwirtschaft erhält jedes Jahr über 300 Mio Euro Zuschüsse von der EU – dann ist es nur recht und billig, dies an öffentliche Interessen zu knüpfen.

Und es ist aus meiner Sicht gut nachvollziehbar, wenn ökonomisch weniger effiziente Agrarstrukturen an dieser Stelle einen Vorteil haben. In die gleiche Richtung zielt das Votum der Agrarministerkonferenz, kleine Betriebe unter 15 ha vom Greening zu befreien.

Darüberhinaus bin ich der Auffassung, dass auch Betriebe mit einem Dauergrünlandanteil von über 50 % und max. 30 ha Ackerfläche von den Greening-Auflagen befreit werden sollten. In Schleswig-Holstein würden durch diese Sonderregelung ca. 800 Betriebe vom Greening freigestellt. Dies ist als besondere Wertschätzung der Umweltleistung kleinerer Grünlandbetriebe zu verstehen.

Dies wird übrigens auch das Grünland insgesamt stärken, weil doch der eine oder andere Betrieb durch Umwandlung von Ackerland über diese Grenze rutschen möchte. Über genaue Abgrenzung wird dabei zwischen Bund und Ländern gerade noch intensiv diskutiert.

Dabei halte ich es für besser, die Grenze mit 30 ha relativ eng zu ziehen und dann lieber bei den konkreten Anforderungen – etwa der Frage des konkreten maximalen Fruchtfolgeanteils – zu machbaren Vorschriften,

ich schlage 70% vor, zu kommen. Ich bin mit diesem Vorschlag nicht auf Linie der grün-mitregierten Länder. Aber er passt zu Schleswig-Holstein und macht Sinn.

Die möglichen Maßnahmen zur Erreichung der 7% Marge entsprechen weitgehend den genannten Punkten zum Kompensationsausgleich, z.B. Randstreifen, Blühstreifen, Vernetzungen von Landschaftselementen. Alle Maßnahmen, die Agrobiodiversität fördern. Wir müssen die heimischen Eiweißpflanzen wieder wettbewerbsfähig und attraktiv machen. Wenn Leguminosen wieder in bestimmten Umfang angebaut werden, sind sie wettbewerbsfähig.

In der Geflügelmast wird derzeit fast ausschließlich mit Soja gemästet. Natürlich hat das auch ernährungsphysiologische Gründe. Aber der Markt für „ohne Gentechnik“ – Lebensmittel wird immer bedeutsamer. Zum Beispiel bei Milch und Eiern. Und hierfür brauchen wir „Nicht-GVO“ - Futtermittel. Wenn heimische Eiweißträger dort eine größere Rolle spielen, können die Vermarkter das bewerben und Absätze sichern.

Es gab und gibt die Idee aus Ihren Reihen, eine Art Landschaftselemente-Börse einzuführen. Grundsätzlich spricht nicht wirklich etwas dagegen. Aber praktisch doch. Es würde einen administrativen Overkill bedeuten. Keine Ahnung, wie das funktionieren soll und wer das bezahlen soll. Also seien wir Realisten und nicht Phantasten. Dat ward nix.

Meine Damen und Herren,

Sie sehen, dass die Themen ineinander greifen.

Ich will Ihnen heute kein Gesetzblatt und keine Erlass-Entwurfs-Rede präsentieren.

Aber ich kann Ihnen eine Logik skizzieren und konkrete Vorschläge für Maßnahmen nennen. Und ich lade Sie ein, ebenfalls Maßnahmen zu nennen.

Wenn sie besser sind oder besser funktionieren, als die vorgeschlagenen, wenn ich Argumente nicht gesehen oder nicht richtig bewertet habe, dann freue ich mich auf bessere. Aber klar ist auch, dass wir Antworten geben müssen. Und klar ist, dass ein Weiter-so nicht die letzte Antwort ist, vermutlich gar keine.

Ich begann mit der festen Überzeugung, dass der alte feindselige Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz falsch ist. Viele Herausforderungen, vor denen wir stehen, - wie skizziert u.a. Nitrateintrag, Grünlandverlust, Pachtpreisanstieg, Flächenkonkurrenz, finden durch Kompensationsleistungen und Greening eine Antwort.

Ich weiß, dass Greening aus Ihrer Sicht keine Hilfe, sondern eine kostenträchtige Einschränkung ist. Damit haben sie aber nur dann Recht, wenn man die Ausgleichszahlungen bereits gefühlt „im Sack“ hat. Otto-Dietrich Steensen rief mir auf der Rindermastbereisung zu, dass die EU-Gelder keine Subventionen sind, sondern Prämien. Ich antwortete, es sind Subventionen, die Prämien heißen. Lassen sie uns für eine prämierte Landwirtschaft in Schleswig-Holstein arbeiten.

Meine Damen und Herren,

Es gibt kaum einen Beruf, der so komplex ist und in dem sich so sehr die Ökonomie und Ökologie überschneiden, wie bei Ihrem. An der Frage der Landwirtschaft wird die Frage Schleswig-Holsteins deutlich.

Sie, meine Damen und Herren, sind modern und traditionsbewusst zugleich. Dass ist das, was mich fasziniert.

Und wie es der Zufall will, ist dies genau die Herausforderung für mein Ministerium. Wie wird unser Land in Zukunft aussehen?

Wie können wir unsere Heimat gestalten? Was können wir ihr zumuten?

Hier, in unserem Gespräch, wird Schleswig-Holstein verhandelt – und wir wollen es nicht verkaufen, wollen – ich bin sicher, dass Sie das genau so sehen - keinen Ausverkauf unserer Heimat!

Wir leben in einem Land, das im Wandel begriffen ist. Diesen Wandel zu gestalten, dafür will ich arbeiten. Aufgeschlossen für jedes

Sachargument, unideologisch, aber mit einem klaren Wertekompass.

Konservativ und modern zugleich. Wie Sie!

Vielen Dank